



Allianz Freie Wärme

Bündnis gegen Planwirtschaft im Wärmemarkt

Positionen

Verfasst von den [Projektpartnern](#) der Allianz Freie Wärme.

www.freie-waerme.de

23. Mai 2012

1. Potenziale und Strukturen des Wärmemarktes
2. Allianz Freie Wärme, AFW
3. Themen, Grundsätze und Ziele
4. Politische Positionen der AFW

1. **Potenziale und Strukturen des Wärmemarktes**

Knapp 1.000 Verbrennungsverbote auf kommunaler Ebene und Tausende von „Anschluss- und Benutzungszwängen“ vorrangig im Neubaugebieten, aber auch bei Modernisierungsprojekten münden unweigerlich in planwirtschaftlichen Strukturen im Wärmemarkt. Dabei bedarf es im Sinne der Klima- und Ressourcenschutzziele der Bundesregierung und im Rahmen der Energiewende der Verdopplung des Modernisierungstempos im energetisch veralteten Gebäudebestand. Planwirtschaftliche Strukturen verhindern aber Wettbewerb um die energetisch optimale technische Lösung. Stillstand und Apathismus im ohnehin trägen Modernisierungsmarkt sind die Folge.

Gebäudebereich: Höchste Energieeinsparpotenziale in Deutschland

Zum Hintergrund: Gut 1/3 der in Deutschland eingesetzten Energie entfällt auf die Beheizung von Gebäuden. Beheizt werden die Gebäude von 19,5 Mio. Wärmeerzeugern. Trotz des hohen Wohlstand Deutschlands dümpelt der Modernisierungsmarkt seit einem Jahrzehnt vor sich hin mit der Folge, dass der Anlagenbestand zu 78 % veraltet ist. Der Stand der Technik – Brennwert, solarthermische Anlagen, Zentralheizungskessel für feste Biomasse, Wärmepumpen und neuere Systeme wie Mini- und Mikro-KWK – macht gerade einmal 22 % im Bestand aus. Würde der Anlagenbestand auf den Stand der Technik gebracht, könnte gut 1/3 der 33 % Energie, die auf den Wärmemarkt entfallen, eingespart werden. Dies entspräche über 10 % des deutschen Energieverbrauchs. Hier sind noch nicht die ebenfalls hohen Potenziale berücksichtigt, die durch bessere Wärmedämmung und den Einsatz moderner Fenster erschlossen werden könnten.

Dezentrale Versorgungsstrukturen: Erfolgsstory auch für die Energieeffizienz

Über 11 Mio. der 16,5 Mio. Gebäude in Deutschland sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Fern- und Nahwärme spielen in einigen Regionen Deutschlands eine relativ große Rolle, machen aber nur etwa 12 % der Wärmeversorgung deutscher Häuser aus. Die dezentralen Strukturen speisen sich im Wesentlichen aus Gas mit dem weit vernetzten Gasnetz und an zweiter Stelle aus Heizöl.

Beide Energieträger können mit moderner Brennwertechnik mit einem anlagentechnischen Wirkungsgrad von 98 % hoch effizient genutzt werden. Sie lassen sich im Übrigen ideal mit solarthermischen Anlagen kombinieren, die wiederum bis zu 20 % der fossilen Energieträger substituieren. Ein noch geringer, aber stetig wachsender Anteil der Wärmeversorgung wird durch Wärmepumpen mit ihrem hohen Anteil an erneuerbaren Einträgen bereitgestellt. Hinzu kommen Pellets- und Scheitholzzentralheizungskessel, die auf dem nachwachsenden Rohstoff Holz basieren und damit annähernd CO₂-neutral Wärme produzieren.

Die dezentralen Strukturen genießen hohe Akzeptanz bei den Bürgern und erweisen sich als hoch effizient, wenn der Stand der Technik eingesetzt wird.

Deutsches Handwerk und deutsche Heizungsindustrie: Marktwirtschaftliches Leistungsbündnis

Charakteristisch für den deutschen Wärmemarkt sind marktwirtschaftliche Strukturen. Die wettbewerbsintensive deutsche Heizungsindustrie steht für Heizungs-Hightech und Innovationen. International nimmt sie technologisch von der Marktbedeutung her die Spitzenstellung ein. Sie bietet für alle Investitionsfälle – Neubau und Gebäudebestand – optimale Systemlösungen mit hoher Effizienz und einem hohen Anteil an erneuerbaren Energien. Ebenso steht das deutsche Heizungsbauerhandwerk für den höchsten Ausbildungsstand, ständige Weiterqualifizierung und Wettbewerbsintensität am Markt.

Das deutsche Handwerk und die deutsche Heizungsindustrie bieten mit ihren marktwirtschaftlichen Strukturen optimale Systemlösungen für den Wärmemarkt. Planwirtschaftliche Eingriffe stehen diesen bislang sehr erfolgreichen Strukturen und der Interessenslage der Investoren an solchen marktwirtschaftlichen Strukturen diametral entgegen.

2. Allianz Freie Wärme, AFW

Der Allianz Freie Wärme gehören die Spitzenverbände des deutschen Handwerks (ZVSHK und ZIV) sowie der Industrie (Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik) und Verbände der Energiewirtschaft (DEPV und Uniti) an. Die AFW wendet sich mit ihrem Know-how des Wärmemarktes, seiner Strukturen und der spezifischen Marktentwicklung in allen Gebäudesegmenten an die Bundespolitik, die Öffentlichkeit und Fachkreise. Die AFW trägt ferner zur Information und Aufklärung auf kommunaler und regionaler Ebene bei, indem sie sich für die Vorteile marktwirtschaftlicher Strukturen und Vorgehensweisen bei der Modernisierung des veralteten Gebäudebestands einsetzt. Zugleich weist die AFW auf die Nachteile und Risiken planwirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen im Wärmemarkt hin. Unter „Freier Wärme“ verstehen wir insofern auch Nahwärme, wenn sich der Kunde freiwillig für die Nutzung entscheidet.

3. Themen, Grundsätze und Ziele

Die AFW setzt sich für den Erhalt und die Stärkung der bislang marktwirtschaftlichen Strukturen im Wärmemarkt ein. Sie wendet sich gegen planwirtschaftliche Ansätze wie Anschluss- und Benutzungszwänge bzw. Verbrennungsverbot. Sie richtet sich gegen einen Flickenteppich regionaler und kommunaler Zwangsmaßnahmen im Wärmemarkt.

Die AFW bekennt sich zu den folgenden Grundsätzen:

- Die Politik setzt energie- und umweltpolitische Ziele und Anforderungen an die energetische Qualität von Gebäuden. Gemäß dem in der Energiewende verankerten Prinzip der Technologie- und Energieneutralität verzichtet die Politik auf Technologievorgaben oder Ordnungsrecht zugunsten bzw. zuungunsten von Energieträgern oder Technologien im Wärmemarkt. Mit dieser marktwirtschaftlich ausgerichteten Energie- und Umweltpolitik bestätigt sich im Übrigen das Prinzip der Energieeinsparverordnung, EnEV, die im Grundsatz auf Technologievorgaben verzichtet und es dem Investor über-

lässt, mit welchen Maßnahmen er den Anforderungen der EnEV an den Energieverbrauch des Gebäudes gerecht wird.

- Ist eine Technologie, basierend auf Richtlinien und Normen (CE-konform, Emissionsverhalten im Rahmen ordnungsrechtlicher Anforderungen, Effizienz gemäß Ordnungsrecht etc.) am Markt zugelassen, muss explizit und ohne jede Einschränkung der Einsatz dieser Technologie allorts möglich sein. Verbrennungsverbote für Energieträger, die in probater und zugelassener Anlagentechnik eingesetzt werden, stehen im Übrigen auch im Gegensatz zu Handelsrecht und Wettbewerbsrecht. Es handelt sich hierbei um unzulässige Handelshemmnisse und Wettbewerbsverzerrungen zuungunsten von Herstellern und Produkten, die nach Recht und Gesetz und auf Basis bestehender Anforderungen Produkte und Systeme konzipiert haben und in Verkehr bringen dürfen.
- Das Prinzip „Freie Wärme“ beruht auf der Entscheidungsfreiheit privater und institutioneller Investoren hinsichtlich des Einsatzes von Energien und Technologien zur Deckung ihres Grundbedürfnisses Wärme. Investoren handeln nach Recht und Gesetz, wenn sie nach bestehenden Normen, Verordnungen und Richtlinien in Verkehr gebrachte Geräte bzw. die hierzu korrespondierenden Energieträger einsetzen und nutzen. Die AFW betrachtet es als unzulässig, in diese Entscheidungsfreiheit durch planwirtschaftliche Zwangsmaßnahmen wie Verbrennungsverbote bzw. Anschluss- und Benutzungszwänge einzugreifen. Diese Zwänge stehen potenziell im Gegensatz zur rechtlich verbrieften Entscheidungsfreiheit von Investoren und Endverbrauchern.
- Wirtschaftlichkeit: Investoren darf die Entscheidungsfreiheit über die wirtschaftlichste Maßnahme für die Bereitstellung von Wärme nicht genommen werden. Verbrennungsverbote und Anschluss- und Benutzungszwänge haben miteinander gemein, dass sie in der Regel zu höheren Kosten für Investoren eine Bereitstellung von Wärme führen. Diese Zwänge erweisen sich also als Kostentreiber. Dies geht im Übrigen besonders zulasten sozial Schwächerer, bei denen der Anteil der Lebenshaltungskosten für die Bereitstellung von Wärme besonders hoch ausfällt.

- Die Zielsetzung der Bundesregierung bei den erneuerbaren Energien im Wärmemarkt wird gefährdet. Gegenwärtig decken die erneuerbaren Energien ca. 9 bis 10 % des Energiebedarfs im Wärmemarkt. Deutlich über 80 % hiervon entfallen auf feste Biomasse. Das Ziel der Bundesregierung lautet, bis 2020 den Anteil auf 14 % zu steigern. Auch in 2020 – so die Prognose – wird die feste Biomasse nach wie vor über 80 % beitragen. Verbrennungsverbote führen die richtige Zielsetzung der Bundesregierung ad absurdum. Die Zielerreichung rückt durch die Verbrennungsverbote in weite Ferne.

4. Politische Positionen der AFW

- **Ende der Blockade des Wärmemarktes**

Im Sinne der ambitionierten und richtigen energie- und umweltpolitischen Zielsetzung der Bundesregierung bedarf es der Deregulierung des Wärmemarktes. Knapp 1.000 Verbrennungsverbote und unzählige regionale bzw. kommunale Anschluss- und Benutzungszwänge von Neubau- und Altbaugebieten widersprechen diesem Grundsatz im Kern und blockieren die dringende Beschleunigung des Modernisierungstempos im Wärmemarkt. Die AFW setzt sich für eine bundeseinheitliche Regelung ein, die bestehende Zwangsmaßnahmen auf regionaler und kommunaler Ebene im Wärmemarkt zurückführt. Zugleich soll diese bundeseinheitliche Regelung die Schaffung neuer Zwangsmaßnahmen verhindern.

- **Technologie- und Energieneutralität im Wärmemarkt auf allen Ebenen konsequent durchsetzen**

Die AFW fordert die uneingeschränkte Zulassung und Inbetriebnahme heiztechnischer Systeme, sofern sie durch Normen und bundeseinheitliche bzw. europäische Anforderungen entsprechen. Dies gilt logischerweise im gleichen Maße für die in diesen Technologien und Systemen eingesetzten Energiearten. Die AFW hält es für kleinteilige Handelshemmnisse konträr zu EU-Recht, wenn Kommunen Technologie- und Energieverbote in ihrem regionalen und kommunalen Wärmemarkt erlassen.

- **Blockade der energetischen Modernisierung durch Zwangsmaßnahmen verhindern**

Die AFW sieht den verstetigten Modernisierungstau im Gebäudebereich mit großer Sorge. Die von den Kommunen und Regionen geforderten Zwangsmaßnahmen und deren Inflationierung verstärken den Stau und führen die energie- und umweltpolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung (bzw. der EU) ad absurdum.

- **Respektierung marktwirtschaftlicher Strukturen und Achtung der Entscheidungsfreiheit der Bürger**

Die AFW fordert die Respektierung der gesetzlich verankerten Rechte von Industrie und Handwerk als Technologieanbieter bzw. Installateur vor Ort und setzt auf deren wettbewerbsintensive marktwirtschaftliche Strukturen und den hohen technologischen Sachverstand. Zugleich fordert die AFW die Respektierung der gesetzlich verbrieften Rechte der privaten und institutionellen Investoren, technologische Lösungen für die Verbesserung der Effizienz und den Einsatz von erneuerbaren Energien frei wählen zu können.